

## Pressemitteilung

10. Oktober 2016

Stromkosten

### **EEG & Co. treiben Energiewendekosten auf 520 Milliarden Euro bis 2025**

**Nicht einmal die eingefleischtesten Fans von EEG und Co. würden behaupten, dass es bei der Energiewende marktwirtschaftlich zuginge. Das ist aber nicht nur für überzeugte Marktwirtschaftler, wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ein Problem. Der Grund hat zwölf Stellen und ein Währungszeichen.**

Berlin – Die Gesamtkosten der Energiewende allein im Strombereich belaufen sich auf über 520 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des **Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik (DICE)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Mit Abstand größter Kostentreiber mit insgesamt rund 408 Milliarden ist die Umlage zur Finanzierung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage). Der Ausbau der Strom- und Verteilernetze schlägt mit 55,3 Milliarden Euro zu Buche. Mit der Studie liegt zum ersten Mal eine Kostenschätzung vor, die sämtliche Kosten der Energiewende im Stromsektor berücksichtigt. Neben den direkten Kosten zur Förderung der erneuerbaren Energien wurden auch die indirekten Folgekosten, wie z.B. für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze, Off-Shore Haftungsumlage oder Kosten für die Netz-, Kapazitäts- und Klimareservekosten mit in die Berechnungen einbezogen.

Bis Ende 2015 sind für die Energiewende bereits 150 Milliarden Euro ausgegeben worden, die Kosten für den notwendig gewordenen Netzausbau noch nicht mit einberechnet. Das zeigt: Der Großteil der Kosten wird noch zu bezahlen sein. „Wir wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird. Eine vierköpfige Familie bezahlt rechnerisch über 25.000 Euro bis 2025. Der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin hatte versprochen, dass die Kosten der Strompreissteigerung einer Kugel Eis im Monat entsprächen. Damit die Energiewende gelingt, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien kosteneffizient erfolgen. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, die auf marktwirtschaftliche Prinzipien setzen“, erklärt **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM.

Die Forscher bemängeln, dass mit dem bisherigen Fördermodell nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz die Energiewende nicht effizient zu bewerkstelligen ist. Zudem beklagen sie, dass aufgrund der Wechselwirkung mit dem Europäischen Emissionshandel kein Nutzen für die Umwelt entstünde. „Eine Stärkung des Emissionshandels würde reichen, um den Ausstoß von CO2 effizient zu reduzieren“, erklärt **Professor Dr. Justus Haucap**, Direktor des DICE und Leiter der Studie. Da dies aber politisch schwierig erscheint, schlagen die Forscher vor, das EEG durch ein sogenanntes Quotenmodell zu ersetzen. Mit dem Quotenmodell würden die Energieversorger dazu verpflichtet, einen bestimmten Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien zu liefern. So entstünde Wettbewerb zwischen den einzelnen Technologien und der Zubau an Erzeugerkapazitäten könnte passgenau zu den von der Bundesregierung definierten Ausbauzielen erfolgen.

Eine wettbewerblich organisierte Energiewende könnte laut Pellengahr sogar ein deutsches Vorzeigeprojekt werden: „Wenn uns der Beweis gelingt, dass die Kosten der Energiewende kontrollierbar und beherrschbar sind, werden sich auch weniger wohlhabende Länder dafür begeistern lassen. In seiner derzeitigen Form ist das EEG eine Belastung für die Wirtschaft und für die Umwelt.“

**Die vollständige Studie mit zahlreichen Grafiken sowie die INSM Position zur Energiewende finden Sie unter [ww.insm.de](http://ww.insm.de).**

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.